

Internationales

## 11. September 2001 ist Zäsur für europäische Sicherheitspolitik

Von Wolfgang Dicke

**Der 11. September 2001, der Tag der Terrorangriffe in den USA, gilt auch für die europäische Sicherheitspolitik als Zäsur. Dies erklärte der luxemburgische Justizminister, Luc Frieden, bei der Sitzung des Exekutiv-Komitees der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) Ende September 2001 im EU-Centre de Conférences in Luxemburg. Vordergründig populären Vorschlägen zur Bildung europäischer Polizei-Einheiten erteilte er eine klare Absage, sprach sich aber um so mehr für eine deutlich intensivere Zusammenarbeit der nationalen Polizeien aus.**



Luxemburgs Justizminister Luc Frieden bei seinem Referat vor dem Exekutiv-Komitee der UISP. (Fotos (3): W.D.)

Der Justizminister, der in Luxemburg auch für die Polizei zuständig ist, berichtete vom außerordentlichen Treffen des Rates der Justiz- und Innenminister; man sei sich einig gewesen, dass man "aus dem nationalen Geist beim Kampf gegen Verbrechen, organisierte Kriminalität und Terrorismus heraustreten" müsse: "Wir müssen statt dessen die jeweiligen nationalen Kenntnisse und Fähigkeiten zusammenlegen und nutzen." Die Terroranschläge in den USA hätten eine ohnehin schon reichhaltige Tagesordnung für die für die innere Sicherheit zuständigen Minister ergänzt, erklärte Frieden. Damit spielte er auf Vorschläge und Überlegungen an, die nach dem EU-Gipfel in Göteborg und dem G-8-Gipfel in Genua öffentlich gemacht worden waren.

### **Frommer Wunsch**

Besonders die Krawalle beim Gipfel in Genua hatten zum Vorschlag der Innenminister von Italien und Deutschland, Scajola und Schily, geführt eine europäische Anti-Krawall-Polizei aufzubauen. Hierzu der luxemburgische Justizminister: "Ich halte es für unmöglich, diesen Vorschlag kurz- oder mittelfristig umzusetzen und zwar aus Gründen unterschiedlicher Rechtsgrundlagen und Organisationsstrukturen der Polizei." Obendrein müsse entschieden werden, wem eine solche europäische Polizei-Einheit unterstellt werden solle, denn bislang könnten nur nationale Regierungen Polizeieinsätze verantworten. Daher hielt der Minister diesen Vorschlag auf absehbare Zeit für einen "frommen Wunsch".

### **Gemeinsame Einsätze wünschenswert**



Eindeutiges Votum: das Exekutiv-Komitee lehnte einstimmig "Fromme Wünsche" wie eine EU-Anti-Krawall-Polizei oder eine EU-Grenzpolizei ab.

Das hieße aber nicht, dass es keine weiteren Schritte für die europäische Integration geben sollte. Frieden: "Ich kann mir ein gemeinsames Intelligence-Center vorstellen, das vor solchen politischen Veranstaltungen wichtige Informationen liefert." Weiter hielt er es für richtig, dass die polizeiliche Aus- und Fortbildung auch gemeinsame Einsätze auf europäischer Ebene einschließt. Luc Frieden bekannte vor dem Exekutiv-Komitee selbst, in einer für europäische Verhältnisse außerordentlichen Position zu sein. Er ist nämlich nicht nur Justiz-, sondern zugleich auch Haushaltsminister. "Das erlaubt es mir zu sagen, dass man Technik und Sachmittel auch gemeinsam beschaffen kann." Kompatible Polizeitechnik über nationale Grenzen hinweg, das wäre schon etwas, fanden auch die Mitglieder des Exekutiv-Komitees.

Zum Vorschlag, eine EU-Grenzpolizei aufzustellen meinte der Minister, dass es da weniger juristische Probleme gäbe. Er könne auch nachvollziehen, hier zu einem gemeinsamen Beitrag aller Länder zu kommen, weil sonst die Länder mit den größten Außengrenzen die Last zu tragen hätten, während sie ja die Aufgabe nicht nur für sich selbst sondern "für den Rest Europas" wahrnehmen müssten. Eindeutig bekannte sich Luc Frieden zur Aufgabe der EU, für die internationale Krisenbewältigung ein polizeiliches Instrumentarium in Form der Police Task Force Europe aufzustellen. Für ihn ist diese Thema auch eine Frage der Politikfähigkeit der EU, durchaus auch im eigenen Interesse der EU-Mitgliedsländer: "Solange es keine Rechtsstaatlichkeit in allen Ländern des Balkan gibt, sind wir mit ständiger Zuwanderung konfrontiert."

Die Aufgaben für die europäische Polizei-Einheit sieht er im Wesentlichen auf zwei Gebieten:

- die Verstärkung der lokalen Polizei
- die Substitution der lokalen Polizei

Die letztere Aufgabe ist besonders delikater, weil zunächst der rechtliche Rahmen des Tätigwerdens definiert werden muss. Über dies - so der Minister - erfordern solche Polizeieinsätze besondere Sensibilität damit sie von der Bevölkerung nicht als "Kolonisations-Einsätze" aufgefasst werden. Bis zum Jahr 2003 soll die Police Task Force eine Stärke von 4.500 Polizistinnen und Polizisten erreichen.

Der Minister fasste seine Auffassung zur polizeilichen Zusammenarbeit in Europa in fünf Punkten zusammen:

- Es bedarf eines gemeinsamen Rechtsrahmens, also gleicher Definitionen von Delikten. Der Rat für Justiz und Inneres hat beschlossen, möglichst schnell eine gemeinsame Definition des Terrorismus zu entwickeln.

- Die polizeiliche Aus- und Fortbildung muss aufeinander zu entwickelt werden. So sollen gemeinsame Ausbildungsgänge von Polizeischulen und -akademien entwickelt und angeboten werden.
- Die Polizei muss ihren zivilen Charakter behalten. Es muss klar bleiben, dass zur internationalen Krisenbewältigung Militäraktionen abgeschlossen sein müssen, bevor Polizei und Justiz ihre Tätigkeit aufnehmen.
- Wichtig für die Diskussion über die Innere Sicherheit in Europa ist der Dialog mit den Polizeigewerkschaften, auf europäischer Ebene mit der UISP. Gesprächspartner der UISP ist der Vorsitz des Rates für Justiz und Inneres.
- Wenn es zur internationalen Krisenbewältigung darum geht, eine Einheit von 4.500 Polizistinnen und Polizisten nicht nur aufzustellen, sondern dann auch einzusetzen, muss man vorher mit den gewerkschaftlichen Vertretungen sprechen.



Den Sachstand zur Europäischen Polizeiakademie erläuterte Wolfgang Häseker von der Polizeiführungsakademie Münster.

Das Exekutiv-Komitee machte bei seinen weiteren Beratungen "Nägel mit Köpfen": die politischen Vorschläge zur Aufstellung sowohl einer EU-Anti-Krawall-Polizei sowie zu einer EU-Grenzpolizei wurden rundweg abgelehnt. Wesentliche Begründung: es fehlt an einheitlichen Rechtsgrundlagen für polizeiliches Einschreiten sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung, es fehlt an einer politischen Führung und es fehlt an einer demokratischen Kontrolle - alles unabdingbare Voraussetzungen für ein rechtsstaatsgemäßes Tätigwerden der Polizei.

### **Netzwerk nationaler Polizeiakademien**

Ein weiteres Thema, das ebenfalls in Europa mehr mit Wunschdenken als mit Sachverstand diskutiert wird, stand auf der Tagesordnung des Exekutiv-Komitees: Die Europäische Polizeiakademie. Ähnlich wie bei EUROPOL fallen Politikern in Europa neue Aufgaben ein, die diese Akademie übernehmen soll, so zuletzt noch bei der Terrorismusbekämpfung. Wolfgang Häseker, bei der Polizeiführungsakademie Münster, zuständig für Auslandsbeziehungen, plädierte vor dem Exekutiv-Komitee für mehr Realitätssinn: "Wir sind, was die Europäische Polizeiakademie angeht, im Moment in der banalen Phase des Beginnens." Das ganze sei gedacht als Netzwerk der jeweils höchsten nationalen Polizeiakademien sowie für die höchstrangigen Beamtinnen und Beamte der Polizei. Diese Begrenzung sei, so betonte Häseker, keine "Hochnäsigkeit" sondern schlicht die Konsequenz aus einem Mengenproblem. Wenn man nämlich die Akademien sowie den betroffenen Personenkreis in den EU-Mitgliedsländern auf die beschriebene Weise eingrenzen würde, sei dies immer noch ein Vorhaben mit beachtlichem Umfang. Hinzu kommt, dass man nicht nur die EU-Mitgliedsländer im Blick

habe sondern auch die Kandidaten-Staaten für die EU-Erweiterung. Zu den wesentlichen Aufgaben der Europäischen Polizeiakademie zählte er:

- Die Verbreitung der Kenntnisse über die nationalen Polizeisysteme, um überhaupt grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit möglich zu machen.
- Die Beteiligung an der Ausarbeitung harmonisierter Aus- und Fortbildungsprogramme.
- Die Zusammenarbeit mit der Mittel- und Osteuropäischen Polizeiakademie sowie EUROPOL.

### **Harmonisierung von Ausbildung und Recht**

Als einen ebenso notwendigen wie schwierigen Prozess bezeichnete Häseker die Arbeiten an einer Harmonisierung der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Diese seien Ausdruck gewachsener nationaler Polizeikulturen: "Die Kunst ist, diese zusammen zu führen." Zur Dimension dieses Vorhabens verwies er auf die Schwierigkeiten bei der Harmonisierung des Rechts in Europa: "Jahrhunderte lang gewachsenes Recht in einen Topf werfen, kräftig herum rühren, und fertig ist das vereinte Europa-Recht?" Im Grunde - so das Fazit im Exekutiv-Komitee - reiht sich das Thema Europäische Polizeiakademie ein in all zu viele Punkte auf der europäischen Tagesordnung: einerseits drängen die Probleme aus sachlichen wie zeitlichen Gründen, andererseits bilden nationale Eigenheiten und durchaus auch Vorbehalte erhebliche Hindernisse.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 11/2001](#))